

Politohr

Der England-Aufenthalt von **Lukas Hartmann** (Foto) sorgt schon wieder für wilde Spekulationen. Letzte Woche fragte man sich, ob seine umweltbewusste Lebenspartnerin, Bundespräsidentin **Simonetta Sommaruga**, dann wirklich konsequent sei und mit dem Zug nach London reise. Nun verbreitet **Peter Rothenbühler**, bekannter Kolumnist der «Schweizer Illustrierten», bereits das nächste Gerücht. Sie könnte als Bundesrätin dafür gesorgt haben, dass Hartmann ausgerechnet in ihrem Präsidentschaftsjahr das London-Stipendium als Preis für sein Lebenswerk erhält, nur um ihm die langweiligen präsidentialen Auftritte mit Frack und Fliege zu ersparen. Vielleicht war es aber auch umgekehrt: Sommaruga wollte den eher zurückhaltenden Schriftsteller an den präsidentialen Partys einfach nicht an ihrer Seite haben.



Camille Lothe, Präsidentin der Jung-SVP des Kantons Zürich, war bis anhin vor allem als leidenschaftliche Spielerin von Bier-Pong bekannt. Für alle, die dieser Disziplin nicht frönen: Es geht darum, Pingpong-Bälle in Bierbecher zu werfen,



damit die Werferin und der Gegenspieler möglichst viel Bier trinken können – oder so. Jetzt konnte man erfahren, dass Lothe aus der Zürcher Kreisschulbehörde Letzi zurücktreten musste, weil sie deren Sitzungen konsequent geschwänzt hatte. Und wir wissen nun, woher sie die Zeit genommen hat, ihre Bier-Pong-Fähigkeiten zur Meisterschaft zu formen. Gestern blieb ihr die Wahl zur Präsidentin der Schweizer Jung-SVP versagt. Ob sie mit den Jung-SVPlern für eine Wahl zu viel oder zu wenig Bier-Pong spielte, ist nicht bekannt.

Aus CVP-Sicht scheint es derzeit nur ein Problem zu geben: Wie soll die Partei künftig heissen, und braucht es das C im Namen noch?

Mittlerweile hat sich unter den Mitgliedern ein regelrechter Wettstreit um die Frage entwickelt, für was das C stehen könnte. Wie ernst die Beiträge sind, ist nicht immer ganz klar. Ne-Nationalrätin **Marianne Binder-Keller** (Foto) etwa schickt den Slogan einer Zürcher Pizzeria ins Rennen: «In Crust We Trust.» Tatsächlich, verkrustet wirkt die CVP manchmal schon. Nationalrätin **Elisabeth Schneider-Schneiter** findet derweil, das C könne unter anderem für cool stehen. Das Wahlvolk kam zuletzt des Öfteren zu einem anderen Schluss. Fehlt nur noch, dass das C mit Cryptoleaks in Verbindung gebracht wird. Jetzt, wo die C-Debatte allmählich ausser Kontrolle gerät, käme es Parteichef **Gerhard Pfister**, der sie angezettelt hat, sicherlich gelegen, eine Hintertür zu finden.



Zug statt Flug:
Auch bei
sieben Stunden
Reisezeit bald
Vorschrift

Foto: Keystone



Beamte sollen im Zug nach Brüssel reisen

Die Bundesangestellten müssen auf Dienstreisen jetzt vermehrt vom Flugzeug auf die Bahn umsteigen – und tun sich schwer damit

Adrian Schmid

Bern Kaum im Amt und schon in eine Kontroverse verstrickt: Der neue Armeechef **Thomas Süssli** war im Januar in Brüssel an einem Nato-Treffen. Die Reise absolvierte er mit dem Flugzeug. Doch der Bund empfiehlt seinen Angestellten neuerdings, auf Dienstreisen nach Brüssel den Zug zu nehmen. Dies geht aus einem Merkblatt hervor. Auch nach Rom und Salzburg sollen die Angestellten der Bundesverwaltung jetzt per Bahn reisen. Bisher durften sie bei den drei Destinationen zwischen Zug und Flugzeug wählen.

Die Neueinstufung von Brüssel ist brisant. In keine andere ausländische Stadt reisen mehr Bundesangestellte. Dort befindet sich nicht nur das Nato-Hauptquartier, sondern auch die Zentrale der Europäischen Union. In den Jahren 2017 und 2018 reisten insgesamt fast 3400-mal nach Brüssel. Die grosse Mehrheit nahm das Flug-

zeug. Der Zug wurde lediglich in 224 Fällen benutzt. Dies zeigt eine Auswertung der Bundesreisezentrale. Die Daten des letzten Jahres liegen noch nicht vor.

Die Armee verteidigt die Flugreise ihres Chefs denn auch: «Die Reisedauer mit der Bahn von sieben Stunden pro Weg wäre in keinem Verhältnis zur Verweildauer von knapp 24 Stunden in Brüssel gestanden», heisst es zur Begründung. Doch die Reisezeit mit dem Flugzeug in die belgische Hauptstadt dauert gemäss Merkblatt auch fünfeinhalb Stunden. Die Ersparnis beträgt also nur anderthalb Stunden.

Trotzdem überrascht die neue Empfehlung für Brüssel. Eigentlich hat der Bundesrat im Klimapakete für die Verwaltung die Grenze so definiert, dass bei einer Reisezeit von unter sechs Stunden mit dem Zug gereist werden muss. Brüssel liegt darüber. «Die Reisezeit weicht nur gering von den sechs Stunden ab», heisst es zur Rechtfertigung aus dem Bundes-

amt für Energie. Zudem sei die abweichende Empfehlung auch auf die CO₂-Einsparung abgestimmt. Die Bahnfahrt nach Brüssel belastet die Umwelt mit 30 Kilo CO₂, beim Flug sind es 250 Kilo. Bis Mitte Jahr wird eine Liste vorliegen, welche für die Bundesverwaltung verbindlich regelt, bei welchen Destinationen der Zug oder das Flugzeug benutzt wird. Das Merkblatt dient als Grundlage.

Parlamentarier fordern den Zug bei Reisen bis acht Stunden

Der Druck ist gross, dass im Falle von Brüssel die Zugfahrt definitiv zur Norm wird. Denn auch das Parlament ist am Thema dran. Der grüne Nationalrat **Michael Töngi** verlangt eine 8-Stunden-Grenze – nicht nur für Verwaltungsangestellte, sondern auch für Auslandsreisen von Parlamentariern. Diesen Freitag hat das Büro des Ständerats im Fall der Parlamentarierreisen dem Ansinnen Folge geleistet. Nun muss eine Vorlage ausgearbeitet werden.

«Alle müssen einen Beitrag leisten, damit weniger geflogen wird», sagt Töngi. Für ihn sind Zugreisen nach Brüssel zumutbar. «Auch Kaderpersonal kann im Zug arbeiten und die Zeit nutzen.» Brüssel sei ein gutes Beispiel, dass es neben klaren Vorgaben auch eine Verbesserung des Angebots brauche. Wer heute mit der Bahn von der Schweiz aus in die belgische Hauptstadt gelangen will, muss über Paris oder Köln fahren und mehrmals umsteigen. Töngi fordert eine Direktverbindung oder eine, bei der nur einmal umgestiegen werden muss. «Das würde die Reisezeit nochmals verkürzen.»

Trotzdem ist die Angelegenheit umstritten. «Ein Flug nach Brüssel muss für Beamte drinliegen», sagt SVP-Nationalrat **Walter Wobmann**. Das sei eine Frage des gesunden Menschenverstands. Wegen der Klimahysterie gehe es nur noch darum, die verrückteste Idee zu haben. «Am Schluss wird noch verlangt, dass man mit dem Zug nach Peking reist.»

Freidenker erstatten Strafanzeige gegen Bischof

Die Organisation will, dass der Vorwurf der Vertuschung von sexuellem Missbrauch von weltlichen Gremien untersucht wird

Freiburg Die Freidenker-Vereinigung reicht Strafanzeige gegen den Freiburger Bischof **Charles Morerod** wegen Begünstigung ein. Laut Medienberichten soll Morerod jahrelang Hinweise auf sexuelle Übergriffe eines Freiburger Kathedralpriesters ignoriert haben. «Dadurch wurde dieser Geistliche mutmasslich vor Strafverfolgung geschützt», sagt **Valentin Abgottspon**, Vizepräsident der kirchlichen Freidenker-Vereinigung. Morerod bestreitet den Vorwurf, dass er schon seit seinem

Amtsantritt 2011 von dem Fall wusste.

Der 39-jährige Universitätsdozent **E.** wirft dem Kathedralpriester **Paul Frochoux** vor, ihn 1998 als 17-Jährigen missbraucht zu haben, wie der «Tages-Anzeiger» publik machte. Frochoux soll ihn in sein Chalet in Torgon VS eingeladen haben. Dort habe ihn der Geistliche auf den Mund geküsst und seinen Penis angefasst. Plötzlich habe **E.** das Glied des Pfarrers im Mund gehabt. Der Pfarrer war damals 46-jährig und habe eine väterliche

Beziehung zu **E.** gehabt, der ihm als Ministrant und später als Teilzeitorganist diene.

Im Freiburger Palast des Bischofs soll es ein Dossier gegen Frochoux geben, das bei seinem Amtsantritt 2011 an Morerod übergeben wurde. Doch nichts geschah. Erst Ende 2019 informierte der Bischof die Polizei.

Inzwischen hat das Bistum Lausanne-Genève-Freiburg eine interne Untersuchung angeordnet «betreffend das nicht Weitergeben von Informationen, Mangel an Urteils-



Frochoux-Dossier nicht beachtet: Bischof Charles Morerod Foto: LMD

vermögen und das Verschwinden von Dokumenten».

«Das reicht nicht», sagt Abgottspon. «Im Zusammenhang mit der systematischen Vertuschung des sexuellen Missbrauchs in den Reihen der römisch-katholischen Kirche hat sich immer wieder gezeigt, dass hier der Rechtsstaat aktiv werden muss.» Bischof Morerod gebe sich als der grosse Aufklärer und Aufräumer, «der Eindruck bleibt aber, dass er erst jetzt auf den grossen Druck der Öffentlichkeit und der Medien hin reagiert», sagt Ab-

gottspon. «Natürlich gilt für ihn die Unschuldsvermutung. Aber ich bin beim Thema Kirche und sexueller Missbrauch sehr skeptisch geworden, wenn jemand das Unschuldsdamm gibt.»

Mit der Strafanzeige, die nächste Woche eingereicht wird, wolle die Freidenker-Vereinigung eine externe Untersuchung in die Wege leiten, die «Licht ins Dunkel» bringen soll, sagt Abgottspon: «Der Täterschutz muss aufhören. Die katholische Kirche ist kein Staat im Staat.»

Nadja Pastega